

HUBERT HEINELT (Hg.), *Modernes Regieren in China*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2014. 184 Seiten, € 34,00. ISBN 978-3-8487-0336-4

Chinas rasanter wirtschaftlicher Aufstieg sowie der wachsende politische Einfluss rücken die Volksrepublik zunehmend in den Fokus von Öffentlichkeit und Wissenschaft. Dabei wird China oft als einheitlicher Akteur unter Kontrolle der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) dargestellt. Zwar steht die KPCh im Zentrum des politischen Systems der Volksrepublik, doch existieren innerhalb und außerhalb der Partei verschiedene Formen von Interessensvermittlung. Diese werden im vorliegenden Sammelband untersucht – ausdrücklich nicht mit dem Ziel, Indizien einer Demokratisierung aufzuspüren, da dies normative Überlegungen einbezieht, die aus Sicht des Herausgebers die Perspektive auf bestimmte Formen der Interessensvermittlung verstellen könnten.

Die Autoren des ersten Aufsatzes, Hubert Heinelt und Chunrong Zheng, analysieren anhand eines theoretischen Modells die verschiedenen Aspekte organisierter Interessensvertretung in China. Die Untersuchung zeichnet sich durch eine klare Struktur und Methodik aus, einzig die häufige Einbettung englischsprachiger Zitate in den deutschen Text erschwert den Lesefluss. Die vorgelegte Analyse verdeutlicht, dass die Formen der Interessensvermittlung, auch bedingt durch die Doppelstruktur von Partei und Staat, vielfältiger sind als im Allgemeinen angenommen. Der Leser erhält einen Überblick über die Organisationsformen auf lokaler Ebene, parteiinterne Strukturen und die Rolle von formellen und informellen Netzwerken. Der Zugang zu allen Formen ist nur begrenzt möglich, dennoch hat dieser Umstand nach Einschätzung der Autoren weder dem wirtschaftlichen Aufstieg noch der politischen Stabilität Chinas bislang geschadet.

Falk Hartig und Mai Cheng beschäftigen sich mit der innerparteilichen Demokratie der Kommunistischen Partei Chinas. Sie legen dar, dass es durchaus Tendenzen einer weiteren Demokratisierung innerhalb der Parteistruktur gibt, wenngleich diese nur sehr langsam voranschreitet. Zudem weisen die Autoren darauf hin, dass die Ausweitung innerparteilicher Demokratie die Gestaltungsmöglichkeiten der Parteimitglieder zwar verbessert, aber nur in einem sehr begrenzten Rahmen. Auch diene dieser Prozess der Parteiführung eher als notwendige Anpassung zum Machterhalt und sollte nicht als Hinwendung zu westlich liberalen Modellen verstanden werden.

Anschließend bietet Gunter Schubert in seinem Beitrag eine präzise Darstellung der Entwicklungen auf unterster Verwaltungsebene. Ausgehend vom Organisationsgesetz aus dem Jahr 1987, werden Erfolge und Probleme der Reformen von Dorf- und Gemeindewahlen aufgezeigt und eingeordnet. Indem auch die Rollen der KPCh und einflussreicher Familienclans in die Analyse einbezogen werden, erhält der Leser einen interessanten Einblick in den Wahlvorgang.

Im nächsten Beitrag beschäftigt sich Anna L. Ahlers mit weiteren Aspekten administrativer Interessensvermittlung. Sie stellt heraus, dass trotz neu geschaffener Partizipationsformen eine direkte Einflussnahme auf politische Entscheidungen oberhalb der dörflichen Selbstverwaltung äußerst eingeschränkt ist. Eine interessante These stellt die Autorin auf, wenn sie Demonstrationen und Proteste als „informelle Institutionen von *local politics* im gegenwärtigen China“ beschreibt und deren Funktion als „informell institutionalisiertes Ventil“ sowie als eine weitere Kontrollmöglichkeit, sowohl durch die Zentralregierung als auch durch die Bevölkerung, charakterisiert (S. 107).

In welchem Verhältnis Minderheiten, die Zentralregierung in Peking und die lokalen Behörden zueinander stehen, erläutern Susanne Weigelin-Schwiedrzik und Sascha Klotzbücher unter anderem am Beispiel kasachischer Nomaden. Dabei wird deutlich, dass die von der Regierung häufig betonte Autonomie der Minderheiten nur so weit reicht, wie sie dem Herrschaftsinteresse Pekings nicht entgegensteht. In diesem Interessenskonflikt wissen sich die lokalen Behörden oft nicht anders zu helfen, als Vorgaben aus Peking nur verzögert oder abgeschwächt umzusetzen.

Mit der Analyse von Governance-Konzeptionen der aktuellen chinesischen Führung befasst sich Nele Noesselt. Diese stellt sie entsprechenden Konzepten vorangegangener Führungsgenerationen gegenüber und arbeitet Übereinstimmungen und Unterschiede heraus. Auch die heutigen Entscheidungsträger in Peking sind demnach an einer graduellen Anpassung interessiert. Unter Berücksichtigung der Geschichte Chinas und anhand der Analyse anderer Systeme formulieren sie abstrakte Zielvorgaben, die sie mit experimentellen Schritten zu realisieren versuchen. Bemerkenswert ist die These der Autorin, dass die relative Stabilität des chinesischen Staatsmodells, verglichen mit der Krisenanfälligkeit westlich-liberaler Systeme, zu „einer Orientierungsvorlage für andere Staaten“ werden könnte (S. 153).

Im letzten Beitrag erläutert Tobias ten Brink Formen der Interessensvermittlung in Arbeitsbeziehungen. Der Autor zeigt auf, dass nach wie vor keine effektive gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter stattgefunden hat. Die von der Regierung eingeführten Reformen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter werden meist nur lückenhaft oder gar nicht umgesetzt. Weiterhin sieht Tobias ten Brink in der prekären Lage vieler Arbeitsmigranten und dem weitgehenden Fehlen einer unabhängigen Zivilgesellschaft eine mögliche Wachstumsbremse, die langfristig „sogar den politischen Status Quo gefährden“ könnte (S. 180).

Der vorliegende Sammelband enthält eine eindrucksvolle Zusammenstellung aufschlussreicher Beiträge, die aus verschiedenen Blickwinkeln und mit verschiedenen Schwerpunkten einen fundierten Überblick über die Formen, Chancen und Probleme der Interessensvermittlung im heutigen China geben. Die Literaturverzeichnisse sind dem Leser wertvolle Hilfen zur Vertiefung der einzelnen Themenbereiche. Das Buch eignet sich für eine Vielzahl am modernen China interessierter Leser.

Florian Siekmann